

Der Einfluss von Parteien und Wahlen auf die Staatsverschuldung

Ziel der Studie

Die Studie untersucht, ob Parteien und der Zeitpunkt der Wahlen einen Einfluss auf die Staatsverschuldung haben. Die Untersuchung findet auf drei Versuchsebenen statt. Die erste Ebene umfasst die westlichen Industrieländer, wobei 18 Länder im Zeitraum von 1960 bis 1992 untersucht werden sowie 21 Länder im Zeitraum von 1973 bis 1992. Die zweite Vergleichsebene umfasst die „alten“ Bundesländer Deutschlands mit Ausnahme von Berlin. Berlin wurde aus der Untersuchung ausgeschlossen, da die relativ geringe Pro-Kopf-Verschuldung durch die hohe Zuweisung aus dem Bundeshaushalt zustande kommt und somit die statistischen Ergebnisse verfälschen würde. Schlussendlich wird noch die Gemeindeebene bezüglich der Kreditaufnahme untersucht.

Theoretischer Hintergrund

Ausgangspunkt für die Untersuchung sind verschiedene Theorien und Hypothesen, die unterschiedliche Effekte mit sich bringen.

Politischer Konjunkturzyklus (Soh, 1994)

Ziel jeder Partei ist es, die Wiederwahl zu sichern. Um dies zu erreichen muss die Regierung versuchen, das Wahljahr in ein Aufschwungsjahr zu lenken, was automatisch ein erhöhtes Haushaltsdefizit mit sich bringt, da die Kosten für den Staat steigen.

Parteilpolitische Differenzhypothese (Hibbs, 1977)

Dies ist eine Hypothese, die die Unterschiede in der Regierungspolitik (ursprünglich rechts/links) auf die Unterschiedlichkeit in den objektiven Interessen und subjektiven Präferenzen der Wähler einer Partei zurückführt. Dies bedeutet, dass die Wähler diejenigen sind, welche die Programmatik ihrer Partei beeinflussen und formen.

Modifizierte Steuerglättungshypothese (Wagschal, 1996)

Sie besagt, dass sich rechte Regierungen stärker als linke Regierungen verschulden. Auch hier ist die Wählerbasis der Partei die treibende Kraft im Hintergrund. Die bürgerliche Regierung hat das Ziel, vor allem die finanzielle Belastung ihrer Wähler mittels Steuersenkung zu verringern.

Auffassung von Alesina & Tabellini (1990)

Folgt man dieser Auffassung, so setzen Regierungen (v.a. die bürgerlichen Regierungen) die Staatsverschuldung als strategisches Instrument ein, um den Handlungsspielraum der nachfolgenden Regierung zu beeinflussen.

Ergebnisse

Westliche Industrieländer und Wahlzeitpunkt

Es konnte kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Wahlzeitpunkt und dem Haushaltsdefizit gefunden werden. Praktisch alle Länder haben eine gleichmässige Verteilung (~ 50%:50%) der niedrigen und hohen Haushaltsdefizite auf die Wahl- und Nichtwahljahre.

Westliche Industrieländer und parteipolitische Färbung

Links-politische Regierungen haben im Schnitt geringere Defizitquoten als rechts-politische Regierungen. Dieser Befund gilt für beide Zeiträume (1960-1992/1973-1992). Zurückzuführen ist dieses Resultat auf die Steuerglättungshypothese (Steuersenkung).

Bundesländer Deutschlands und Wahlzeitpunkt

Auf der Bundesländerebene konnte die Tendenz aufgezeigt werden, dass die links-orientierte Regierung (SPD) die Verschuldungspolitik stärker nach dem Wahlzeitpunkt richtet, als die bürgerliche Regierung (CDU/CSU).

Bundesländer Deutschlands und parteipolitische Färbung

Hier konnte aufgezeigt werden, dass sich sozialdemokratische Regierungen stärker verschulden als bürgerliche Regierungen. Dies liegt an der mangelnden Steuerautonomie der Bundesländer, welche es unmöglich macht, die Steuern adäquat für ihr gewünschtes höheres Ausgabenniveau zu erhöhen.

Gemeindeebene und parteipolitische Färbung

Hier konnte kein Zusammenhang zwischen dem politischen Einfluss und der Kreditaufnahme gefunden werden. Des Weiteren wurde kein Zusammenhang zwischen der politischen Färbung und der Höhe der Steuereinnahmen aufgewiesen werden. Das heisst, dass auf der Gemeindeebene eher Sachpolitik anstatt Parteipolitik betrieben wird.